



Nr. 151 / 21.10.2022

## Es braucht dringend spürbare Entlastungen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit mehr als acht Monaten tobt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit Monaten warnen wir und viele Experten vor einem harten und vor allem teuren Winter. Die Gas- und Strompreise sind bereits jetzt so hoch wie nie zuvor. Die Bundesregierung hat trotzdem bis heute kein schlüssiges Konzept, was sie in dieser dramatischen Lage tun soll. Wertvolle Monate sind mit endlosen Diskussionen, untauglichen Versuchen und ungeeigneten Mitteln verplempert worden. Diese Untätigkeit der „Ampel“-Regierung hat für Menschen und Unternehmen ganz reale Folgen: Wir erleben Existenznot!

Weil Grüne und FDP unfähig waren, ihre Auseinandersetzung über den Weiterbetrieb der drei noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke professionell zu klären, hat Kanzler Scholz nicht einmal ein Jahr nach Amtsantritt bereits von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen müssen. Alle drei AKWs sollen nun maximal bis zum 15. April weiterlaufen. Für so einen peinlich-schwachen Kompromiss hat man so viele Wochen gebraucht? Möglicherweise löst er jetzt vorübergehend den Konflikt in der Koalition, aber es löst nicht das Versorgungsproblem für unser Land. Billiger wird der Strom durch den nur auf April 2023 verschobenen Atomausstieg nicht; im besten Fall steigen die Strompreise weniger stark. Das Problem ist also nur vertagt. Spätestens im Frühjahr geht die Diskussion um eine weitere Laufzeit-Verlängerung von vorne los.

Anstatt endlich die notwendigen Entscheidungen zu treffen, geschieht alles immer nur scheinbar und deutlich zu langsam. Die privaten Haushalte und die Betriebe warten seit Monaten auf konkrete Hilfen. Unzählige mittelständische Betriebe befürchten das Aus. Wir brauchen umgehend ein Unterstützungsprogramm speziell für Bäcker, Metzger und viele weitere kleine Handwerksbetriebe.

Die Mittelschicht droht in der Krise von der „Ampel“ vergessen zu werden: Es fehlt eine schnelle Umsetzung der Gaspreisbremse und es braucht dringend eine spürbare Entlastung schon im Oktober und November. Neben der Strompreisbremse braucht es natürlich auch Hilfe für die vielen Leute, die mit Öl, Holz und Pellets heizen. Wir brauchen einen Spritpreisdeckel – aber die „Ampel“ will das Autofahren offenbar bewusst bestrafen. Im Moment verdient der Staat an der Krise mit – das darf doch nicht sein. Daher runter mit der Mineralöl- und der Stromsteuer!

In dieser Woche hat die „Ampel“ beschlossen, den sogenannten Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu reaktivieren, um Maßnahmen zu finanzieren, von denen niemand weiß, wie diese aussehen. Um den Fonds zu befüllen, setzt man ein weiteres Mal die Schuldenbremse des Grundgesetzes außer Kraft. Bevor also klar ist, welche Maßnahmen konkret geplant sind und was sie kosten, hat man sich pauschal einen Blanko-Scheck über 200 Milliarden Euro (!) ausgestellt. Erneut legt die „Ampel“ in Krisenjahren übermäßige Haushaltspolster an, um diese dann in den Folgejahren zu nutzen – für was alles, weiß man nicht. Das ist

aus unserer Sicht (und auch aus Sicht des Bundesrechnungshofes) verfassungswidrig. Aus diesem Grund haben wir dem Gesetz auch nicht zugestimmt.

Es zeigt sich leider erneut, dass die „Ampel“ ohne Konzept und unsolid handelt. Mehr noch: Diese Koalition ist ein Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB